



KOMMENTAR

# Das Fazit für 2019

**Gerade wenn sich das Kalenderjahr dem Ende zuneigt, ist es an der Zeit, einmal innezuhalten, das alte Jahr für sich Revue passieren zu lassen und zu bilanzieren, was man erreicht hat und was vielleicht noch zu tun ist.**

Unsere – oft kritische und auch unbequeme – Sicht auf die Dinge macht uns zu dem wertvollen Ansprechpartner nicht nur für die Vertreter der Politik. Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch im gesamten Bundesgebiet überzeugt unsere Gewerkschaft der Polizei (GdP) tagtäglich Kolleginnen und Kollegen als die Interessenvertretung von Polizeibeschäftigten jeden Alters und Dienstzweigs.

Dieses Ergebnis ist kein Ergebnis, das über Nacht von alleine entsteht. Es ist das Resultat aller, die in der GdP Verantwortung haben und Verantwortung übernehmen, wenn es darum geht, sich für die Belange der Beschäftigten einzusetzen und auch dann nicht lockerzulassen, wenn man eben nicht gleich die andere Seite überzeugen kann.

## DANKESCHÖN

Deshalb an dieser Stelle ein großes DANKESCHÖN und MACHT-WEITER-SO für eure unermüdliche und oft nicht einfache Arbeit.

Dass wir als Gewerkschaft der Polizei eine Gewerkschaft für alle Beschäftigten der Polizei sind und für einander eintreten, ist keine Worthülse. Viele von euch haben sich am Warnstreik und den Demonstrationen aus Anlass der Tarifverhandlungen 2019 beteiligt. In den Bussen, die aus ganz Mecklenburg-Vorpommern nach Schwerin kamen, waren Beamte und Tarifbeschäftigte, Kollegen im aktiven Dienst und Ruheständler, mittlerer, gehobener und höherer Dienst, K-Beamte neben Verwaltungsbeamten. Insbesondere dieser gemeinsame mitgliederstarke Auftritt auf den Straßen von Schwerin und vor der Staatskanzlei hat mich als Landesvorsitzender unserer Gewerkschaft stolz gemacht. Ehrlicherweise



muss ich aber auch sagen, dass ich mich wahnsinnig geärgert habe, dass es im Nachgang so lange gedauert hat, bis sich das Ergebnis der Tarifverhandlungen auch auf dem Gehaltszettel und dem Konto wiedergefunden hat.

Übrigens Geld: Zum Thema moderne und zeitgemäße Zulagen sowie Erfahrungsaufstiege, gerade mit Blick auf Gewinnung von Nachwuchs und Halten von Fachkräften, sage ich an dieser Stelle lieber nichts. Hier bleibt auch im kommenden Jahr noch einiges zu tun.

Dass eine GdP-Mitgliedschaft immer richtig ist, wenn es darum geht, dass einem zustehende Recht zu bekommen, wissen insbesondere Ruheständler. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde endlich ein Urteil zum Verpflegungsgeld aus DDR-Zeiten gesprochen. Und wie zumindest bei uns GdPlern üblich, wurden wieder einmal alle unsere Senioren über die geänderte Rechtslage informiert und wenn gewünscht auch persönlich unterstützt, wenn es darum ging, Anträge auszufüllen. Im Ergebnis dieses jahrelangen Kampfes können sich viele unserer Ruheständler nun auf eine höhere Rente freuen.

## Wertschätzung

Leider ist immer mehr festzustellen, dass wir Polizeibeschäftigte, also die Menschen, die sich für diesen Staat an



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

vorderster Stelle einsetzen, nur wenig Anerkennung und Wertschätzung bekommen. Beleidigungen und Angriffe sind an der Tagesordnung. Und statt ein solches Verhalten zu sanktionieren oder gesellschaftlich zumindest zu verachten, hört man stattdessen Wörter wie „Berufsrisiko“ oder „selber Schuld, musstest ja nicht zur Polizei gehen“. In der medialen Berichterstattung dieses Jahres wurde von einigen Personen mehr auf Sensationsmache als auf sachliche Berichterstattung gesetzt. Infolge dieser Berichterstattung wurde und wird die Polizei von Mecklenburg-Vorpommern von manchen in eine Ecke gestellt, die dem guten tagtäglichen Dienst der Polizeibeschäftigten nicht gerecht wird.

Hier ist unserer Arbeitgeber, das



Land Mecklenburg-Vorpommern, aufgefordert, für seine Beschäftigten nicht nur in Sonntags- und Wahlreden einzutreten, sondern diese auch im täglichen Dienst zu unterstützen. Und manchmal wäre es auch schön, wenn sich neben der GdP mehr als nur ein Politiker vor die Polizei schützend wirft, wenn es einigen wieder darum geht, die Polizei als spaßverderbenwollende, datensammelwüti-



**KOMMENTAR**

ge, gewalttätige, rechtsextreme und rechtbeugende Nichtskönner hinzustellen.

Gerne hätte ich verkündet: Es ist es geschafft. Die Altersabgänge werden nicht nur 1:1 ersetzt, sondern es gibt auch einen SPÜRBAREN Personalzuwachs in ALLEN Dienststellen. Leider kann ich das nicht.

Man muss es ganz klar aussprechen: Unsere Landespolizei arbeitet immer noch am Limit des Zumutbaren. Die Last durch steigende Aufgaben – und



damit ist nicht nur das zweite oder dritte Nebenamt gemeint – verbunden mit einem steigenden Qualitätsanspruch durch Recht und Rechtsprechung führt zu einem immer stärker zunehmenden Druck in allen Dienststellen. Dem Bild einer Bürgerpolizei, also bürgernah und bürgerfreundlich, die durch Fuß- und Präsenzstreifen auch im ländlichen Raum unterwegs ist, das Bild des Vor-Ort-Ermittlers, all das wird fast nur noch durch KOB oder Mitarbeiter des KDD aufrechterhalten. Im polizeilichen Alltag ist die Notrufpolizei, die

von Einsatz zu Einsatz hetzt, noch immer traurige Realität.

Hier ist unser Kampf also noch lange nicht zu Ende.

Am Ende noch ein kurzer Ausblick auf das kommende Jahr. Die im Frühjahr 2020 stattfindende Landesfrauenkonferenz und die Landesjugendkonferenz werfen ihre großen Schatten voraus. In vielen Kreisgruppen werden bereits jetzt rege und intensiv mögliche Anträge und Delegierte diskutiert. Anträge zum Umgang mit Beschäftigten, über die personelle und materielle Ausstattung in den Dienststellen, über die tatsächliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie, über die tatsächliche Wertschätzung durch den Arbeitgeber. All das und noch viel mehr wird zu erwarten sein.

Es wird also an gewerkschaftlicher Arbeit und Herausforderung sicher auch im kommenden Jahr nicht mangeln. Diese können wir auch weiterhin erfolgreich bestehen, wenn wir gemeinsam darum kämpfen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten der Polizei zu verbessern.

**Euer Christian Schumacher**

**REDAKTIONSSCHLUSS**

Redaktionsschluss für die Ausgabe Januar 2020 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal MV, ist der 1. 12. 2019. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Anzeige

 DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
**Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern**

**Geschäftsstelle:**  
Platz der Jugend 6  
19053 Schwerin  
Telefon: (0385) 20 84 18-10  
Telefax: (0385) 20 84 18-11  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Verantwortlicher Redakteur  
für das Landesjournal  
Mecklenburg-Vorpommern  
Marco Bialecki  
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die  
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41  
vom 1. Januar 2019

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

 **POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei

**Wir brauchen dich!**

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter [www.vdp-polizei.de](http://www.vdp-polizei.de). Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

**Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!**

 **VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker  
[antje.kleuker@vdp-polizei.de](mailto:antje.kleuker@vdp-polizei.de)  
[www.vdp-polizei.de](http://www.vdp-polizei.de)



**GdP-MV-BETREUUNG**

# WIR in GÜSTROW

**Melanie und Anja von der Landesfrauengruppe sowie Maik und Bernd Reinhardt (Kreisgruppe Schwerin) waren im letzten Monat am GdP-MV-Betreuungsstand an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow anzutreffen.**

Bernd Reinhardt von der PVAG kann euch Antworten auf eure Fragen geben, wie beispielweise:

- Muss ich als Polizeianwärter ab Dienstbeginn eine Pflegepflicht-Versicherung nachweisen?
- Deckt die Heilfürsorge die Pflegepflicht-Versicherung mit ab?
- Innerhalb welcher Frist muss eine Pflegepflicht-Versicherung nachgewiesen werde?
- Sollte ich eine Pflegepflicht-Versicherung bei einer gesetzlichen Krankenkasse oder einer privaten Krankenversicherung abschließen?
- Was kostet in etwa eine Pflegepflicht-Versicherung bei einer privaten Krankenversicherung monatlich?
- Kann man bei jeder privaten Krankenversicherung eine Pflegepflicht-Versicherung abschließen?
- Warum sollte man bei freier Heilfürsorge die Pflegepflicht-Versicherung mit einer Anwartschaftsversicherung kombinieren?



**SOCIAL MEDIEN**

## GdP MV auf Twitter

Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „Gefällt mir“-Button.



[www.twitter.com/GdP\\_MV](http://www.twitter.com/GdP_MV)

**HINWEIS**

### Änderungsmitteilung

**Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.**

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)  
Landesbezirk MV  
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin  
oder:  
per Fax an: 03 85-20 84 18-11  
per E-Mail: [GdPMV@gdp.de](mailto:GdPMV@gdp.de)**



**SOCIAL MEDIEN**

## GdP MV auf Facebook

Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „Gefällt mir“-Button.

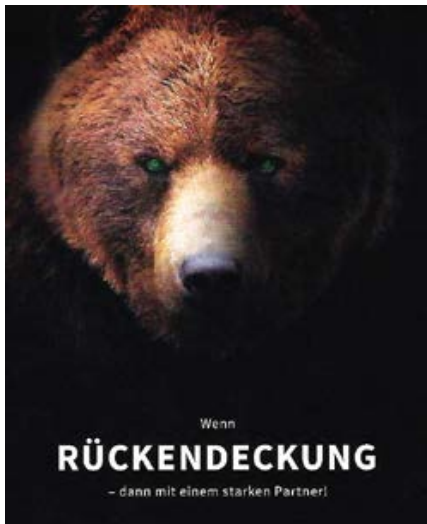


[www.facebook.com/gdp.mv](http://www.facebook.com/gdp.mv)



ENTSCHEIDUNG FÜR DIE EIGENE SICHERHEIT

# Polizistinnen und Polizisten brauchen einen starken Partner – die Gewerkschaft der Polizei



Unser Leistungspaket könnt Ihr jederzeit im Internet unter: [https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/mitgliedwerden\\_einsehen](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/mitgliedwerden_einsehen)

**Wer Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist, hat eine Entscheidung für seine Sicherheit getroffen. Und ist sich bewusst, dass seine persönlichen Interessen im Beruf von einer starken Gemeinschaft am besten durchzusetzen sind.**

Nur wenn wir zusammenstehen, können wir etwas bewegen – das ist das tragende Grundgefühl unserer GdP.

Wir engagieren uns insbesondere dafür, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Polizeibeschäftigten verbessert werden, entwickeln u. a. das Beamten-, Laufbahn- und Versorgungsrecht sowie das Arbeitsrecht mit. Wir beteiligen uns an gesellschaftlichen und politischen Diskussionen,

die für die innere Sicherheit relevant sind, machen auf Fehlentwicklungen in der Gesellschaft allgemein und im Polizeibereich im Besonderen aufmerksam und fordern von der Politik entsprechende Reaktionen.

Wenn Sie noch nicht Mitglied der GdP sind, ist es höchste Zeit, an Ihre berufliche Perspektive und Ihre persönliche Sicherheit im Beruf zu denken und zu handeln: Im eigenen Interesse. Für unsere gemeinsamen Interessen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Weihnachtszeit ist traditionell die Zeit, in der man sich auf die Ereignisse des letzten Jahres zurückbesinnt.

Wir hoffen, dass ihr dies im Kreise eurer Familien und Freunde tun könnt und auf ein erfolgreiches Jahr zurückblickt.

Für das kommende Jahr, das sicherlich nicht leichter zu meistern sein wird als das vorherige, wünschen wir euch Kraft, Ruhe und Gelassenheit, damit 2020 für uns alle ein gutes Jahr wird.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Zeit im Dienst sind, wünschen wir einen ruhigen und verletzungsfreien Dienst.

*Frohe Weihnachten!*



Gewerkschaft der Polizei  
Mecklenburg-Vorpommern



SENIOREN GRUPPE ROSTOCK

# 1. Paragrafenkaffee zum Thema Patientenverfügung

**Der Seniorentreff der Arbeiterwohlfahrt im Berghotel in Rostock-Südstadt ist der monatliche Treff für interessierte Seniorinnen und Senioren der GdP-Kreisgruppe Rostock. Es wird über Alltagsprobleme diskutiert und das Thema Verpflegungsgeld ist immer auf jedem Treff aktuell.**

Im Frühjahr dieses Jahres hatten wir uns entschieden, eine Diskussionsreihe zum Thema Paragrafenkaffee neu in unseren Arbeitsplan aufzunehmen. Das Thema dieser ersten Veranstaltung lautet „Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht/Betreuungsrecht“ und wer kann besser zu diesem Thema sprechen, als die Mitarbeiter der Verbraucherschutzzentrale Mecklenburg-Vorpommern mit Sitz in Rostock.

Frau Wiebke Cornelius, Justiziarin



der Rostocker Verbraucherschutzzentrale, erläuterte uns in anschaulicher und verständlicher Weise das Wichtigste zur Vorsorgevollmacht und zum Betreuungsrecht anhand der Broschüre des Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, die vom Vorstand der Seniorenkreisgruppe zentral bestellt wurde.

## Fragen

Auf die nachfolgenden Fragen ist die Referentin in ihrem Vortrag näher eingegangen:

- Was ist für einen Betreuer wichtig, was muss er wissen?
- Wer kann als Betreuer eingesetzt werden?
- Wann wird ein Betreuer vom Gericht eingesetzt?
- Wie wird eine Vorsorgevollmacht verfasst?
- Was muss ein Notar beglaubigen?

Und schließlich ging es auch um Leben – Krankheit – Sterben – Wie bestimme ich, was medizinisch unternommen werden soll, wenn ich entscheidungsunfähig bin? – Die Patientenverfügung

- Wann verfasse ich eine Patientenverfügung?
- Was muss in der Patientenverfügung enthalten sein?

Die Referentin erklärte uns das Verfassen einer Patientenverfügung anhand der ebenfalls bestellten Broschüre! Eine Patientenverfügung muss nicht vom Notar beglaubigt werden. Wer es wünscht, kann seine Patientenverfügung seinem Hausarzt vorlegen! Eine Patientenverfügung kann verändert oder ergänzt werden!

In der Broschüre „Patientenverfügung“ des Bundesministeriums für Justiz und für Verbraucherschutz ist alles genau formuliert und die passenden persönlichen Bausteine kann sich jeder aus der Broschüre herauschreiben und seine Patientenverfügung verfassen!

Die 90 Minuten vergingen sehr schnell und im Anschluss war noch Zeit für individuelle Gespräche!

Angelika Reichelt



**Leiden, Krankheit, Sterben: Wie bestimme ich, was medizinisch unternommen werden soll, wenn ich entscheidungsunfähig bin?**

**Diese Broschüre ist im Internet unter <https://www.bmjv.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Patientenverfuegung.html> verfügbar.**



ARBEITSZEIT – LEBENSZEIT

# Nachtschicht: Belastungen für die Gesundheit lassen sich begrenzen

**Nachtschicht gefährdet die Gesundheit – oder nicht? Die Gesundheitsrisiken für die rund 3,5 Mio. Beschäftigten in Deutschland, die ständig oder regelmäßig Schicht arbeiten, sind nicht eindeutig zu bestimmen, lassen sich aber begrenzen.**

Dass die Nachtschicht eine Belastung sein kann, liegt vor allem an der Verschiebung des biologischen Rhythmus.

## Nachtschicht – die innere Uhr gerät durcheinander. Ist das gesundheitsschädlich?

Der menschliche Körper ist auf den Tag-Nacht-Rhythmus der Erde angewiesen. Licht-Dunkel-Signale lösen über Zellen im Auge hormonelle und nervale Signale im Körper aus. Dadurch wird die innere Uhr – und somit die Organe und das Gewebe – mit der Umwelt synchronisiert. Gerät die Synchronisation wiederholt oder dauerhaft außer Takt, kann das negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben.

## Nachtschicht – Schlafstörungen bzw. Schlafdefizite erhöhen das Unfallrisiko

Wer gegen den menschlichen Tag-Nacht-Rhythmus lebt, kann damit unterschiedlichste Beeinträchtigungen auslösen. Durch Schlafstörungen bzw. Schlafdefizite erhöht sich z. B. das Unfallrisiko, da sich die Reaktionszeit verschlechtert.

Bei Untersuchungen des Instituts für Prävention und Arbeitsmedizin (IPA) an weiblichen Beschäftigten im Pflegedienst zeigte sich allerdings auch, dass vor allem die erste Nacht negative Auswirkungen auf die Reaktionsfähigkeit hat. Ab der zweiten Nachtschicht sind die Werte wieder nahezu identisch mit denen aus den Tagesschichten.

## Nächtliche Schichtarbeit wahrscheinlich krebserregend

Im Vergleich mit nicht Schichtarbeitenden treten bei den Schichtdienstlern auch überdurchschnittlich oft Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Krebs auf. Für Prof. Dr. Hajo Zeeb, Leiter der Abteilung Prävention und Evaluation am Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS), gibt es eine re-

lativ deutliche Assoziation zwischen Nachtarbeit und malignen Tumoren der Brust, der Prostata und des Darms. Ursache dafür könnte der veränderte Tag-Nacht-Rhythmus sein.

Gerade bei Krebs ist sich die Wissenschaft allerdings nicht einig: Ein internationales Expertengremium wertete sowohl Studien aus, die keinen Zusammenhang zwischen Nachtschichtarbeit und Krebs nachweisen als auch solche, die überzeugend die nächtliche Schichtarbeit als Risiko für eine Krebserkrankung darstellen. Letztlich kamen die Experten zum Ergebnis: Nachtschicht ist „wahrscheinlich für Menschen krebserregend“. Allerdings können andere Erklärungen für die Erkrankungen nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

## Auswirkungen von Nachtschicht unterschiedlich

Wie gestört sich jemand durch Arbeiten „zur falschen Zeit“ fühlt, hängt davon ab, was für ein Chronotyp er ist. Der Frühtyp kann problemlos früh aufstehen. Dem Spättyp fällt dies da-

gegen schwer. Da er nachts gerne etwas länger wach bleibt, entwickelt er ein Schlafdefizit, wenn er für die Arbeit regelmäßig früh aufstehen muss. Die Chronotypen sollten bei der Schichtplanung möglichst berücksichtigt werden, denn dann ist das Risiko für Erkrankungen geringer.

## Nachtschicht – gibt es eine Altersgrenze?

Bisher nicht geklärt ist die Frage, ob es eine Altersgrenze gibt, bis zu der Schichtarbeit keine oder wenige negative Auswirkungen hat.

Schicht- bzw. Nachtarbeit können je nach Chronotyp und Alter unterschiedliche gesundheitliche Effekte haben. Deshalb gibt es kein optimales Schichtsystem für alle. Hinzu kommt, dass sich der Chronotyp im Verlauf des Lebens ändern kann.

## Nachtarbeit – keine eindeutige Bewertung

Im Artikel „Warum Schichtarbeit nicht gleich Schichtarbeit ist“ erläu-

The infographic is a grid of blue boxes on a green background. The top row contains 'ARBEITSZEIT' in large letters, with 'Europa', 'Arbeitszeitgesetz', and 'Jahr' to its right. Below this, 'Oberste Dienstbehörde' and 'Gesundheit' are listed. The main grid consists of 12 rows and 4 columns of boxes. The bottom row features 'Zusätzlich', 'Bereitschaft', 'Sofortlage', 'Mehrarbeit', 'Personalrat', and '24/7'. At the bottom right, 'LEBENSZEIT' is written in large letters. The logo of the Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern is in the bottom left corner.



tern die Autoren des Instituts für Prävention und Arbeitsmedizin (IPA) der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, warum trotz zahlreicher Studien zwar zahlreiche negative gesundheitliche Effekte aufgedeckt wurden, man daraus aber keine endgültigen Schlussfolgerungen zu den Risiken von Schichtarbeit ziehen kann. Eines der Hauptprobleme sind unterschiedliche Definitionen zum Begriff Nachtschicht sowie das Problem, dass sich nicht alle notwendigen Details, wie z. B. die Rotationsrichtung, in Studien komplett abbilden lassen.

Die IPA-Forscher schreiben in ihrem Fazit, dass die Frage, ob Nacht- bzw. Schichtarbeit krank macht, bisher nicht eindeutig belegt ist, liegt an der Vielzahl der unterschiedlichen Schichtarbeitsformen ebenso wie an den unvollständigen oder bedingt unzulänglichen Studien. Deshalb sei es für zukünftige Forschung sinnvoller die Frage zu beantworten: Welche Schichtarbeitsform ist für welchen Beschäftigten in welchem Lebensalter am besten geeignet?

**Gestaltungsmaßnahmen: Mehr Gesundheit trotz Nachtarbeit**

Wenn Schichtarbeit die Gesundheit belastet, ist es umso wichtiger, sie so zu organisieren, dass die Risiken gering sind. Doch welche Maßnahmen in Richtung Arbeitszeit und Arbeitsgestaltung helfen?

In der Praxis haben sich u. a. folgende Maßnahmen bewährt:

- Vorwärts rotierende Schichtpläne, denn die Reihenfolge Nacht-, Früh-, Spätschicht wird von den meisten Beschäftigten besser vertragen.
- Kurze Nachtschichtphasen mit ausreichend Pausen.
- Langfristige und verlässliche Einsatzplanung.
- Vermeiden unnötiger Nachtschichtarbeit, indem Tätigkeiten, die nicht zwingend in der Nacht erledigt werden müssen, im Tagdienst ausgeführt werden.
- Gleitzeit oder kürzere Arbeitszeiten wenn möglich auch beim Schichtsystem einplanen.
- Besondere Belastungen durch Freizeit statt durch Geld ausgleichen.

**Haufe Online Redaktion**

**Streifen-Polizisten in Not: So viele Stellen in MV sind unbesetzt**

Ostsee-Zeitung, 05.11.2019

Trotz angekündigter Offensive hat die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern mit 4773 Vollzugsbeamten weniger als in Vorjahren. Polizei-Gewerkschaft und Opposition fordern mehr Tempo, Innenminister Caffier sieht sich weiter auf Kurs.

**Aus dem Artikel**

**Ziel (2030?): 6.200 Planstellen (PVB, AVD und Tarif)**  
**SOLL: 5.419 Planstellen für Vollzugsbeamte**  
**IST: 4.773 Planstellen für Vollzugsbeamte (besetzt)**  
**Krankenstand: 187.448 Tage (Beamte)**  
**Einstellung: 2020 = 280 Menschen**  
**2021 = 291 Menschen**  
**Ruhestand: 450 Beamte bis 2024 (regulär) plus X (ungeplant)**  
**Probleme: Einstellungen (Vollzug- u. Verwaltung), Abordnungen, Verwendungseinschränkungen, Attraktivität, Krankenstand, Mehrarbeitszeit ...**

**Bereitschaftszeiten bei länderübergreifenden Einsätzen und Dienstsport**



In Hannover ging es am 21. Oktober 2019 unter anderem um Bereitschaftszeiten bei länderübergreifenden Einsätzen, Gesundheitsprävention und Dienstsport für Tarifbeschäftigte bei der Polizei: Die Polizeihauptpersonalräte (PHPR) der einzelnen Bundesländer und von Bundespolizei und BKA in der GdP kommen zusammen.

Sie treffen sich regelmäßig, um sich zu verschiedenen Themen auszutauschen, gemeinsame Positionen zu erarbeiten und sich zu vernetzen. Das sogenannte PHPR-Forum diskutierte unter der Leitung von Bundesvize Jörg Radek. Ein wichtiger Punkt ist auch der Austausch über die Personalratswahlen im kommenden Jahr.



SAVE THE DATE

# Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor verhindern! Was ist zu tun?

**„Erneut gewalttätiger Übergriff auf Mitarbeiter des Bezirksamtes“, Rostock: „Jugendliche treten Busfahrer ins Gesicht“, Augsburg: „Betrunkener beleidigt und schlägt Polizisten mehrfach“, Nordhausen: „17-Jähriger bedroht Erzieherin“ – Schlagzeilen wie diese sind immer öfter in den Medien. Längst sind es keine tragischen Einzelschicksale mehr. Insgesamt betrachtet, entpuppt sich ein massives, gesellschaftliches Problem: Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor!**

2018 erreichte die Zahl von Angriffen auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einen neuen Negativrekord. Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahn haben sich in wenigen Jahren fast verdreifacht und auch viele andere Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor fühlen sich im Berufsalltag nicht mehr sicher.

Die Ursachen für diese Übergriffe sind vielfältig: Personalmangel, schlechte Ausstattungen, empfundene Schlechtleistungen wie Zugverspätungen.

Dazu kommt ein spürbar raueres Miteinander im öffentlichen Raum. Beschäftigte sind immer häufiger der Frustration und Aggression von Bürgerinnen und Bürgern ausgesetzt und zu oft nicht ausreichend vorbereitet und geschützt. Klar ist: Wir brauchen mehr Respekt und sichere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund hat der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften auf seinem Ordentlichen Bundeskongress im vergangenen Jahr beschlossen, die Problematik in die Öffentlichkeit, die Dienststellen und in die Politik zu tragen. Mitte Februar 2020 startet daher die bundesweite Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“.

Auf der Veranstaltung präsentieren wir die Initiative und diskutieren mit Betroffenen sowie mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften über das Problem und mögliche Handlungsansätze.

Diskutieren Sie mit und bringen Sie sich ein!

Weitere Informationen zur Veranstaltung:

#### Veranstalter:

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Wann: Mittwoch, 19. Februar 2020  
Veranstaltungsort: Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8, 10117 Berlin

#### Anmeldung:

Die Anmeldung wird Mitte Dezember freigeschaltet. Eine separate Einladung erfolgt rechtzeitig. Die Teilnehmerzahl ist auf 140 Personen begrenzt. Anmeldungen werden daher nach der Reihenfolge der Eingänge berücksichtigt.

#### Organisation:

Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

#### Hinweise:

Tagungsgebühren werden nicht erhoben. Die Kosten für die Verpflegung während der Veranstaltung trägt der Veranstalter. Reise- und Übernachtungskosten werden nicht übernommen.

#### Initiative unterstützen?

Möchten Sie die Initiative unterstützen? Dann erzählen Sie uns Ihre Geschichte!

Wir wollen den Erfahrungen der Beschäftigten ein authentisches Gesicht und eine Stimme geben. Dafür suchen wir KollegInnen, die von ihren Erfahrungen mit Respektlosigkeit und Gewalt am Arbeitsplatz erzählen wollen. Melden Sie sich unter [mensch@dgb.de](mailto:mensch@dgb.de) und erzählen Sie uns ihre Geschichte.

KREISGRUPPE SCHWERIN

## Solidarität zur GEW

Am 30. 10. 2019 wurde durch die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) ein Streik in Kindertagesstätten organisiert. An diesem Streik haben sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisverbandes DRK Landkreis Ludwigslust Parchim beteiligt.



Sebastian Weise und Michael Thormann haben stellvertretend für die Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Schwerin, an diesem Streik in Ludwigslust teilgenommen. Damit haben sie ihre Solidarität zur GEW, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ausdruck verliehen.

Hintergrund dieses Streiks waren die Bestrebungen der GEW alle Erzieherinnen und Erzieher sowie das Pflegepersonal des DRK in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes einzubinden. Die GEW durfte bzw. darf nicht für ihre Beschäftigten an den Verhandlungen teilnehmen.

Aus Sicht der GdP ist die Einbindung dieser Beschäftigten in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes ein Schritt zur Tarifbindung auch in diesen Bereichen Erziehung und Pflege.

